

# Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag bei C. Stark'schen Buchhandlung, Enztalstr. 2, Neuenbürg. Für die Schriftleitung verantwortlich: D. Strauß in Enztal.

Nr. 133.

Donnerstag, den 11. Juni 1925.

83. Jahrgang.

## Deutschland.

**Berlin, 10. Juni.** Die Führer der Reichstagsfraktionen von den Deutschen bis zu den Sozialdemokraten besprechen sich gestern mit dem Reichskanzler über die Entwaffnungsnote.

**Berlin, 10. Juni.** Die Sozialdemokraten haben den Demotexten ihre Unterstützung des Antrags im Reichstag angezeigt, die Umfassender und sofortiger Wirkung zu ermöglichen. Die Stellungnahme des Zentrums ist noch ungewiss. Der demokratische Widerstand gegen den Reichsfinanzminister von Schleier soll nur dann eingebracht werden, wenn der demokratische Antrag auf Herabsetzung der Umsatzsteuer keine Mehrheit im Reichstag findet.

## Tagung Deutscher Wohnungsämter

**Stuttgart, 9. Juni.** Die Vereinigung Deutscher Wohnungsämter hielt anlässlich ihrer 7. Tagung heute ihre erste öffentliche Hauptversammlung im großen Stadtparksaal ab. Der Vorsitzende der Vereinigung, Stadtbauinspektor Dr. Gut. München eröffnete die Tagung und begrüßte die Erschienenen, darunter den Minister des Innern Holz, den Polizeipräsidenten Klüber, ferner die Vertreter des württ. Staatspräsidenten und des württ. Ministeriums des Innern, des Reichsarbeitsministeriums, ferner von Preußen, Bayern, Sachsen und Hessen, des Deutschen und Württembergischen Städtetags, des Deutschen Landestages, des Sächsischen Gemeindetages, der Technischen Hochschule Stuttgart und der Universität Tübingen, außerdem eine Reihe von Organisationen und Verbänden. Der Redner betonte ferner, daß die Wohnungsämter unbedingt sachlich und neutral ihre Amt verwalten. Es sei Demagogie schlimmster Sorte, der Öffentlichkeit glauben machen zu wollen, daß ihre Stellungnahme von der Überlegung geleitet sei, nicht Amt und Würden verlieren zu wollen. Auch die heutige Tagung stehe wie die früheren unter dem unmittelbaren Eindruck der Wohnungsnot, die das Familienglück zerstört und Volkswirtschaften fördere und verbreite. Der Fehlbetrag an Wohnungen betrage im Reich etwa 200 000. Solange aber nicht die Mieten den tatsächlichen Baukosten angepasst seien, sei an eine durchgreifende Beseitigung der Wohnungsnot nicht zu denken. Das große, vorläufig unlösliche Rätsel sei, wie unsere Wirtschaft eine allgemeine Erhöhung der Mieten auf eine demartig phantastische Höhe tragen könne. Die Wohnungswirtschaft müsse selbstverständlich abgebaut werden, soweit Interessen der Allgemeinheit nicht gefährdet werden. Aber die Haupt Hindernisse für den Wohnungswirtschaft liegen nicht in der Finanzwirtschaft, sondern in wirtschaftlichen Problemen. Die nun folgenden Vorträge über Wohnungsfragen der Gegenwart leitete Reichsrat Dr. Waldmüller. Stuttgart mit einem Referat über Wohnungsfragen und Wohnungsgesetzgebung in Württemberg ein. Er besprach die Besonderheiten der württ. Wohnungswirtschaft, betonte, daß die württ. Wohnungswirtschaft auf das Verfügungsrecht des Eigentümers der Wohnungsinhabers weit mehr Rücksicht nehmen als dies in anderen Teilen Deutschlands der Fall sei und erörterte dann die Vorteile und Nachteile der Liberalen württ. Praxis. Als Vorteil führte er besonders auf: Weitgehende Berücksichtigung der örtlichen Besonderheiten, vermehrtes Angebot von Einzelzimmern, Haftung der Gemeinde gegenüber dem Hauseigentümer für sachgemäße Vergütung, mögliche Vermeidung von Spannungen und Streitigkeiten zwischen Vermieter und Mieter bei Berechnung freiverwendender Wohnungen, frühere Berücksichtigung der Wünsche und Bedürfnisse des Wohnungsuchenden. Er schloß weiter hinzu, daß sich eine strenge Reihenfolge in der Verteilung der Wohnungen auf Grund der Vorrangverhältnisse bei dem württ. Verfahren nicht einhalten lasse, weil unrichtige Wohnungsuchende nach genügend langer Wartezeit eher eine Wohnung finden als andere, denen es nicht gelingt, sich mit dem Besitzer einer freigeordneten Wohnung auf einen Mietvertrag zu einigen. Als Nachteile nannte der Redner: Erhebliches Maß von Mißarbeit, negative Auslese der Wohnungsuchenden, indem ein Rest verbleibt, für den nur bei ausreichendem Wohnungsbau durch die Gemeinden selbst gesorgt werden kann, Möglichkeit von Verschleppungen seitens der Vermieter und Überangebote seitens einzelner Wohnungsuchender. Bei Überforderungen greift das Wohnungsamt zu Beschlagnahmen. Zur Versorgung der in Wohnwohnungen nicht unterzubringenden Familien müssen die Gemeinden in ausreichendem Umfang selbst Wohnungen erstellen. Schließlich betonte der Redner, daß Württemberg unter allen Ländern von dem Aufkommen der Hauszinssteuer am wenigsten für den Wohnungsbau verleihe, was keine Rücksicht verdienen. Oberamtsrat Dr. Wild, Direktor des Stadt. Zentralamts für Wohnungswirtschaft in Berlin, sprach über den Abbau der Wohnungswirtschaft und zog folgende Schlussfolgerungen: Während der Dauer der Wohnungsnot ist die Zwangsverwaltung nicht zu entbehren. Durch sie werden die schlimmsten Folgen der Wohnungsnot verhütet oder gemildert. Ihre Beseitigung ist nur durch Neubautätigkeit möglich, die durch die Zwangsverwaltung in keiner Weise beeinträchtigt wird. Entsprechend der Neubautätigkeit ist die Zwangsverwaltung abzubauen. Wollig aufgehoben kann sie schon jetzt werden bei möblierten Zimmern und bei rein gewerblich benutzten Räumen.

Als Ergebnis der Beratungen wurde zur Frage des Abbaus der Wohnungswirtschaft folgende Entscheidung angenommen: 1. Die durch den Krieg und seine Folgen hervorgerufene Wohnungsnot besteht zurzeit immer noch in ungeheurem Umfang fort. 2. Solange die Wohnungsnot fortdauert, sind Notmaßnahmen der Wohnungswirtschaft nicht zu entbehren. 3. Durch die Wohnungswirtschaft kann die Wohnungsnot nicht beseitigt werden, wohl aber werden dadurch ihre schlimmsten Auswirkungen und Folgen verhütet oder gemildert. 4. Beseitigt werden kann die Wohnungsnot nur durch

hinreichende Neubautätigkeit, wobei die Erhaltung der Altmöglichkeiten nicht aus dem Auge zu lassen ist. 5. Die Neubautätigkeit wird durch die Wohnungswirtschaft in keiner Weise beeinträchtigt. Sie kann in hinreichendem Umfang jedoch erst dann wieder einleiten, wenn die hierzu erforderlichen finanziellen und wirtschaftlichen Voraussetzungen befriedigend gelöst worden sind. 6. Die Wohnungswirtschaft kann nur gemäß der durch die Neubautätigkeit hervorgerufenen Steigerung des Angebots abgebaut werden. Die Abbaumaßnahmen sind den örtlichen Verhältnissen anzupassen. 7. Schon jetzt kann da, wo die örtlichen Verhältnisse dies zulassen, die eigentliche Wohnungswirtschaft völlig aufgehoben werden bei möblierten Zimmern, die keine selbständige Wohnung darstellen, und bei rein gewerblich benutzten Räumen. Ferner kann von der Zwangsverwaltung von Wohnungen aus dem Gesichtspunkt der Uebergröße abgesehen werden, wenn dem Zustand entsprechende Erträge durch diese Art der Zwangsverwaltung heute nicht mehr zu erwarten sind.

## Vertreter in den eigenen Reihen.

Napoleon hatte die besten Aufpasser der Welt. Trotzdem entgingen ihnen die Vorbereitungen Brains zum Befreiungskriege, weil jeder Mann im ganzen Kaiser aus Vaterlandsliebe und Franzosenhaß dächte. Heute ist das ganz anders. Es gibt Leute bei uns, die mit Hilfe des Landesheind deutsche „Verfehlungen“ melden. Schon vor drei Jahren antwortete der französische Finanzminister Moy in der Kammer auf die Frage, ob Deutschland heimlich einen Raubkrieg vorbereite: „Keine Gefahr! Im freiwilligen und der Entente durch und durch ergebenen Aufpassern, die uns sofort einen Brief senden würden, fehlt es drüben keinesfalls. Sie haben ja selbst ein Interesse daran, daß Deutschland sich nie mehr militärisch aufrüstet, weil dadurch Störungen auskämen, in denen sie selbst ihren Untergang fänden.“ Für diese Behauptung erhält man jetzt auch die Bestätigung von deutscher Seite. In einer sozialdemokratischen Sitzung, in der dieser Tage über die kommende Entwaffnungsnote gesprochen wurde, räumte sich der Parteifunktionär Sonje damit, daß die Sozialdemokratie in Berlin schärfste Aufpasser habe, um die militärische Entwicklung der Schweiz zu verhindern: alles Wichtige, was man so erfahren, werde den fremden Mächten hinterbracht. Die ausländischen Genossen hätten der Sozialdemokratie für diese ihre Tätigkeit wiederholt ihre Anerkennung ausgesprochen.

## Die Gründe für Italiens Ausfaltung.

**Berlin, 10. Juni.** Interessant ist es, daß in den Vereinbarungen, die in Genf zwischen Briand und Chamberlain getroffen worden sind, Italien vollkommen ausgeschlossen wurde. Diese Ausfaltung steht im Widerspruch zu den Reden, die bisher aus Italien hierbei gekommen sind. Kein Wunder, daß die italienische Presse ein großes Komato anstimmte. In hiesigen unterrichteten Kreisen erklärt man sich den Vorgang so, daß Mussolini zunächst geneigt gewesen ist, sich dem Garantievertrag anzuschließen, daß aber sein Verlangen, bei dieser Gelegenheit die Grenzgrenze ebenfalls in den Garantievertrag einzubeziehen, selbstverständlich nicht verwirklicht werden konnte. Und so ist es zu erklären, daß Italien sich von einer Beteiligung an dem Garantievertrag zurückgezogen hat.

## Ausland.

**Paris, 10. Juni.** In Paris lehnt man den Gedanken einer Sicherungskonferenz nach wie vor scharf ab.

**London, 10. Juni.** Die Zahl der englischen Arbeitslosen betrug am 1. Juni 1 247 300, also 60 778 mehr als in der vorangegangenen Woche und 244 385 mehr als in derselben Woche des verfloffenen Monats.

## Der österreichische Bundeskanzler zur Anschlußfrage.

Der österreichische Bundeskanzler Seipel, der 3. Bz. eine Vortragstour durch die Schweiz macht, sprach gestern in Zürich vor deutsch-schweizerischen Pressevertretern u. a. auch über die Anschlußfrage und erklärte, daß Anschlußverbot sei eine der größten Inkonsequenzen des Friedensvertrages. Jweifellos ergebe sich, wenn heute eine entscheidende Abstimmung stattfinden würde, eine ungeheure Mehrheit für den Anschluß an Deutschland.

## Englische Korrektur zur Genfer Verständigung.

**Genf, 9. Juni.** In einer heute nachmittag veranstalteten Konferenz der Außenminister Briand und Chamberlain und des belgischen Vizepräsidenten Dymans, wurde ein französischer Vorschlag besprochen, dahin lautend, Anfang Juli in Paris eine interalliierte juristische Konferenz einzuberufen, deren Aufgabe es sein soll, eine definitive Auslegung der Artikel 42 und 44 des Versailles Vertrags zu liefern. Wie von englischer Seite mitgeteilt wird, wünscht Frankreich die Veranstaltung dieser Konferenz deshalb, weil das Londoner Kabinett Chamberlain zur Kenntnis brachte, daß sich die diesmaligen Genfer Verhandlungen ausdrücklich auf eine Einigung über den Text der am Deutschland zu sendenden Note beschränken sollte. Chamberlain erhielt also nicht die Vollmacht des Kabinetts, auf weitere Besprechungen über die entmilitarisierte Rheinlandzone einzugehen. Dadurch verringert sich das ursprüngliche Programm der Genfer Zusammenkunft. Die französischen Delegierten verbleiben nicht, daß sie mit der Haltung Englands unzufrieden sind. Sie erwarten eine Auseinandersetzung über die in den hiesigen Sicherheitsrat aufzunehmenden Bestimmungen des Versailles Vertrags und des Völkervertrages. Chamberlain wäre auf eine solche Konferenz eingegangen, wenn er nicht am Dienstag andere Instruktionen erhalten hätte. Der erwähnte

französische Konferenzvorschlag wird durch das englische Kabinett gebilligt werden. Die Entscheidung darüber wird erst nach Chamberlains Deutungsreise erfolgen. Inzwischen legen die hiesigen englischen Kreise ihre Anstrengungen fort, um den französischen Reden über die Tragweite der Genfer Verständigung entgegenzutreten. Chamberlain wird morgen in einer Pressekonferenz gewisse Unrichtigkeiten, die sich in Briands Äußerungen gegenüber französischen Journalisten eingeschlichen haben, korrigieren. Besonders unangenehm empfinden die Engländer, daß Briand über Frankreichs angebliches Durchmarschrecht so sprach, als ob diese Frage im Sinne des Pariser Kabinetts gelöst worden wäre. Freilich halten die Engländer Briand zu gute, daß die innere Krise in Frankreich eine Hebertreibung des in Genf erzielten Resultats notwendig mache. Wir haben der Regierung Briands-Briand-Caillaux einen außerpolitischen Erfolg verschafft, aber es berührt uns peinlich, daß der Genfer Akt als englisch-französische Einigung in der europäischen Sicherheitsfrage hingestellt wird. Davon kann vorberhand noch keine Rede sein.“ erklärte ein englischer Delegierter.

## Die Hebertreibungen der Kontrollkommission.

Die Norddeutschen, die die Kontrollkommission von dem Widerstand erzählt, den das Militär ihren Besuchen entgegengekehrt habe, sind Märchen und widerlegen sich dadurch, daß 2000 Kontrollbesuche vorgenommen werden konnten. Das Auftreten der Kontrollkommission ist allerdings von Woche zu Woche schärfer geworden, so daß man den Eindruck gewinnen mußte, es werde ein Vorwand gesucht, um die Generalinspektion abbrechen zu können. Wenn sie trotzdem zu Ende geführt werden konnte, so ist das der beste Beweis gegen die behauptete Obstruktion. Was die angebliche Wiederaufnahme der Waffen- und Munitionsherstellung anbelangt, so ist diese in gewissem Umfang notwendig geworden, da im Jahre 1923 die Reichswehrbestände auf 50 Prozent herabgesunken waren. Von der Wiederaufnahme der Fabrikation ist der interalliierten Kontrollkommission vorchriftsmäßig Mitteilung gemacht worden. Der Behauptung, daß die alte Landwehrorganisation bestünde, sei entgegenzuhalten, daß diese Organisation schon vor 25 Jahren durch das Bezirkskommando ersetzt worden sei, die übrigen gleichfalls sämtliche abgebaut worden seien. Die Behauptung der Kommission sei vielleicht darauf zurückzuführen, daß irgendwo auf dem Lande noch die alten Schilde „Landwehrbezirk“, „Landwehrkompanie“ sich an Gemeindegewänden befinden. In den Festungen seien lediglich Erhaltungsarbeiten vorgenommen worden, deren Angehörigkeit die Postämternote selbst dadurch angibt, daß sie ausdrücklich sagt, sie könnten bestehen bleiben. Zu dem Vorwurfe, daß gewisse Werke noch nicht in Kraft seien, sei darauf hinzuweisen, daß durch Reichsgesetz vom 26. Juni 1921 die Herstellung, die Ein- und Ausfuhr von Kriegsmaterial genau geregelt sei.

## Eine englische Stimme zur industriellen „Entwaffnung“.

Die englische Regierungspresse hat, das muß ausdrücklich festgestellt werden, die Entwaffnungsnote der Alliierten gebilligt und für maßvoll und entgegenkommend erklärt. Diese Konstatierung ist notwendig, damit sich die öffentliche Meinung nicht durch anderslautende Stimmen aus dem oppositionellen Lager in Illusionen wegen läßt. Was die Westminster Gazette und der Manchester Guardian — Hauptorgane der Liberalen — oder das Arbeiterblatt Daily Herald, was schließlich einige auf volkstümliches Einsparnerium eingestellte Sonntagsgespräche schreiben, spiegelt die Meinung der toryistischen Klasse in England nicht wider und ist kein Maßstab für die britische Politik. England steht hinter den Entwaffnungsforderungen, und nur eines ist ihm in dieser Lage unangenehm: daß die Deutschen England beschuldigen, daß es mit besonderem Nachdruck die Fortführung der deutschen industriellen Anlagen verlangt habe. Gegen diesen Vorwurf, der England als treibende Kraft bei den Entwaffnungsforderungen hinstellt, wehrt sich der Brite, und zwar mit einer Geschicklichkeit, aus der man lernen kann. Ein Beispiel dafür: Unter den Blättern, welche die Entwaffnungsnote verteidigen, steht natürlich an erster Stelle die Times. Sie ist aber „objektiv“ genug, in ihrer Ausgabe vom 8. Juni einen Leser zu Wort kommen zu lassen, der sich gegen die geforderten Fortführungen in deutschen Industrieanlagen wendet. Scheinbar wenigstens. Der Einleider verlangt, daß bei der Durchführung der Entwaffnungsforderungen guter Wille auf beiden Seiten gezeigt werde. Diesen guten Willen vermisst er, scheinbar sehr offenberzig, bei der Forderung, gewisse Anlagen bei Krupp zu zerstören. Er schreibt: „Ein bemerkenswerter Fall, der in der alliierten Note verhandelt wird, ist die Kruppsche Werkstätte Nr. 10. Gefährliche Erzeugnisse sind an diese Werkstätte geknüpft, denn hier wurde die „diese Veria“ hergestellt. Seit Monaten geben die Erörterungen zwischen der Militärkontrollkommission und Krupp über das Schicksal der Maschinen in dieser Werkstätte hin und her. Seltsamlich eines kürzlichen Besuches bemerkte ich, daß die Maschinenanlage sehr riesige Zylinder herstellt, die bei der Herstellung von Stichtoff aus der Luft gebraucht werden, ferner große Röhren, die wie Marinegeschütze aussehen, aber an beiden Enden geschlossen sind und welche eine amerikanische Delagationsfirma für ihre Maschinen bestellt hat. Die Maschinenanlage in dieser Werkstätte wird auf drei Millionen Goldmark geschätzt, und die Kontrollbehörden können ihre Fortführung von heute an morgen anordnen. Die Firma würde den Kapitalwert der Maschinen verlieren und gleichzeitig die jetzt zur Ausführung kommenden Bestellungen. In diesem Falle steht es der Firma ganz frei, neue Maschinen der gleichen Art herzustellen und die Arbeit unter den gleichen Bedingungen wieder aufzunehmen. Wenn dieses System allgemein angewandt wird, so bedeutet das eine Erschwerung für die Erfüllung der Bedingungen aus dem

**Wagenpreis:**  
Die im Besonderen oben deren Raum im Bezirk 15, unger 20 Goldsig, Kehl-Str. 50 Goldsig u. Hof-Str. 100 Goldsig. Angelegen 100 Goldsig. Offert und Ausnahmestellung 20 Goldsig. Bei größeren Aufträgen Rabatt, der im Falle des Abnahmefahrns hinfällig wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 30 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Preisänderungen treten sofort alle früheren Vereinbarungen außer Kraft. Preisveränderung Nr. 4. Für telegraphische Aufträge wird telegrafisch Gewähr übernommen.

also sehr ver-  
äußert britigen  
beröffentlicht  
riegsberichterstat-  
allgemeine Sage  
eines Offensiv-  
erodentlich ver-  
Generalangriff  
werden gegen den  
i. Categorie durch  
ungen bei Quers-  
abgeschritten.  
Oden hat be-  
nal“ ist Sibane  
gefallen. Wei-  
erklärungen be-  
nach im Altdo  
marokkanischen  
aus Res haben  
„Veipag“ und  
dir — an der  
duboot „Bom-  
er geleitet, wo  
ang aus Res  
beiden Insassen  
note.  
gtial Masel;  
Billionen Sand-  
die Deutschland  
zu unterneh-  
se weder mit  
mit der Erd-  
andern, die für  
ine Bewaffung  
en oder besigen  
sein mit in so  
st nimmt; aber  
Wahls nur ge-  
gerichteten Note  
ne Herabsetzung  
Man spricht in  
der nicht veröf-  
aber sehr viel  
Berührung von  
ie Herführung  
et aus NewYork  
in der Allierten  
ih ihre Haupt-  
wichtigen euro-  
pean, Bestim-  
nahme ebenfalls  
r wichtig, daß  
in letzten allier-  
der Herführung  
s Mattes eine  
auf.  
erkaufte aus  
und Besantien-  
Radelstamm-  
V. St.,  
Haid.  
einzelnen Lose-  
abends 7 Uhr,  
g  
ad“  
igkeiten  
Betrieb  
lände  
lände  
ärmusik  
äterer Anfuhr  
ngen in allen  
sowie  
nterbedarf zu  
andlung,







gungsgesetz, die Bodenhilfe und die Angestelltenversicherung genannt. In der Zeit bis zum 18. Juli soll auch die große außenpolitische Debatte stattfinden. Ein bestimmter Termin hierfür konnte jedoch noch nicht in Aussicht genommen werden. Am 30. Juni, sowie am 1. Juli soll eine Pause stattfinden. Die großen Sommerferien sollen am 18. Juli beginnen.

#### Absturz eines Passagierflugzeugs.

Das Flugzeug der sächsischen Flugverkehrs A.G. Dresden D 36, das den regelmäßigen Passagierverkehr zwischen Berlin und Dresden besorgt, ist gestern kurz vor 2 Uhr, ehe es auf dem Flugplatz landen konnte, aus etwa 50 Meter Höhe abgestürzt. Der Flugzeugführer Graf und beide Passagiere wurden schwer verletzt. Einer der Fahrgäste, Generaldirektor Oswald Bauer von der Vogtländischen Maschinenfabrik in Plauen erlitt einen doppelten Arm- und Beinbruch und schwere Verletzungen am Unterkiefer. Der Flugzeugführer Graf war unter dem Flugzeug eingeklemmt und konnte erst nach einer Arbeit von 50 Minuten von der Feuerwehr aus seiner Lage befreit werden. Auch der andere Fahrgast, Bannay, ist sehr schwer verletzt. Er erlitt Rippen-, Arm- und Beinbrüche und gleichfalls eine Kieferverletzung. Sein Befinden ist recht bedenklich, wenn auch nicht ganz hoffnungslos. Das Flugzeug selbst, ein Junkerflugzeug, wurde vollständig zerstört. Man nimmt an, daß die böigen Winde, die seit gestern früh aufgetreten sind, das Unglück mit verursacht haben. Nach Mitteilungen der Luftverkehrsgesellschaft ist es der erste Unfall seit Bestehen des regelmäßigen Luftverkehrs Berlin-Dresden, der sich auf der Strecke ereignet hat.

#### Flugzeug-Absturz.

Am Mittwoch früh vor sich in Berlin ein schwerer Fliegerunfall ereignete. Das Flugzeug D 573, das zur sogenannten Carotti-Staffel gehörte und während des deutschen Rundfluges auf dem Flugplatz in Tempelhof mit seinen Propellern, Motoren, Kraftmaschinen usw. zur Unterhaltung des Publikums dienste, ist auf seinem Rückflug nach Staaken brennend in eine Gartenkolonie in Schönberg abgestürzt. Der Führer des Flugzeugs, v. d. Linde, wurde leicht verletzt und konnte sich aus dem lichterlosh brennenden Flugzeug retten. Der Begleiter Wed ist schwer verletzt von Männern, die in den Gärten waren, unter dem brennenden Flugzeug hervorgezogen worden. Beide wurden ins Krankenhaus gebracht. Augenzeugen erzählen, daß das Flugzeug über Schönberg plötzlich sehr machte, anscheinend hatte der Pilot einen Schaden bemerkt, der ihn zur Rückkehr, vielleicht auch zur sofortigen Notlandung veranlaßte. Wenige Augenblicke darauf war das Flugzeug in dichten Qualm gebüllt. Aus den Rauchwolken schlug eine lange Strohflamme heraus. Das Flugzeug sackte plötzlich ab und fiel mehrere hundert Meter steil. Es hing sich aber wieder in der Luft, glitt nun seitlich ab und fuhr schließlich wieder wagemutig dicht über der Erde in die Kolonie hinein. Hier schlug das brennende Flugzeug auf, erhob sich nochmals und schleifte über den Boden weg etwa 100 Meter, alle Anpflanzungen, Sträucher und Bäume mit sich reichend, bis es dann zu einem erneuten Aufschlag auf den Erdboden kam. Der Motor flog vom Flugzeug ab und noch zehn Meter weiter, bis es im dichten Gebüsch hängen blieb. Das Flugzeug ist vollständig verbrannt.

#### Spionagenfälle in Polen.

Mitteilungen aus Warschau zufolge, sind die dortigen Behörden einer Spionagenaffäre auf die Spur gekommen, deren Fäden bis in das Kriegs- und Eisenbahnministerium hineinreichen. Hierbei wurden ein Russe und mehrere Polen, darunter der Beamte im Eisenbahnministerium Banas verhaftet, der als Referent der Mobilisierungsabteilung Einblick in die Geheimakten hatte. Banas wurde durch seine Verhaftung dekarat überreicht, daß er ein umfassendes Geständnis ablegte. Seine Aussagen haben eine ganze Reihe weiterer Personen sehr belastet.

#### Brand in einer Zuckerrübenfabrik.

Striegau, 10. Juni. Heute früh gegen 1/4 4 Uhr wurde von dem Fabrikwächter der Aktienzuckerrübenfabrik in Striegau auf seinem Rundgang durch die Zuckerrüben in der abseits gelegenen Futtermittelmischstation ein Brand bemerkt, der vermutlich durch Selbstentzündung entstanden ist. Die im ersten Stockwerk lagernden 200 Zentner Futtermittel verschiedener Art, Baimtornschrot, Malzkeime und Trodenzweige wurden ein Raub der Flammen, ebenso 1000 leere Zuckerrüben, die über diesem Stockwerk lagerten. Das Hauptfabrikgebäude war durch eine massive Mauer von dem brennenden Gebäude getrennt, jedoch für die Fabrik selbst keine besondere Gefahr bestand. Der durch Verkohlung bedingte Schaden wird auf 70-80 000 Mark geschätzt. Der Betrieb der Fabrik ist in keiner Weise gestört.

#### Der Inhalt der französischen Antwortnote.

Paris, 10. Juni. Der Generalsekretär gibt den Inhalt der französischen Antwortnote, die Freitag nach Berlin abgeben soll, wie folgt wieder: Im Eingang weist die Note darauf hin, daß der Sicherheitsvorschlag von Deutschland ausgeht und die Note der französischen Regierung daher lediglich auf die Einholung ergänzender Ansichten abzielt. Das deutsche Memorandum weist beunruhigende Punkte auf. Es lasse beispielsweise den Völkerbund völlig unerwähnt, dem kraft Anerkennung seiner Verpflichtungen Frankreich und sämtliche Alliierten angehören. Vor Eintritt in weiteren Verhandlungen sei daher die Feststellung von Wichtigkeit, ob Deutschland bereit sei, die im Völkerbundsvertrag festgesetzten Verpflichtungen anzuerkennen, sobald es unter den im Briefe des Völkerbundsvertrages vom letzten März aufgeführten Voraussetzungen in den Völkerbund eingetreten sei. Besonders Gewicht wäre andererseits auf die Feststellung zu legen, daß die Unterzeichnung eines Sicherheitspaktes mit Deutschland keine Erneuerung der Rechte und Verpflichtungen des Versailler Vertrags bedeute und die Bestimmungen des Vertrags vollumfänglich bestehen bleiben. Dies gelte auch für Frankreich, wie für Belgien. Belgien müsse selbstverständlich an dem Vertrage beteiligt werden, wenn er zum Abschluß gelange. Der Sicherheitspakt könne den Bestimmungen über die Befreiung der Rheinlande sowohl für Belgien wie für Frankreich keinerlei Abbruch tun. Die deutsche Regierung erkläre sich bereit, mit den Mächten westlich des Rheins Schiedsgerichtsverträge einzugehen. Frankreich erkenne ferner an, daß diese Verträge eine natürliche Ergänzung des Rheinvertrages bilden. Aber es verlange ausdrücklich, daß diese Verträge auf sämtliche Konflikte Anwendung finden und den Gebrauch der Gewalt nur für den Fall vorsehen, daß auf Grund einer Verletzung des Vertrags zu ihr Auslastung ergriffen wird. Die Signatarmächte müßten, um diesen Schiedsgerichtsverträgen ihre volle Wirkung zu verleihen, sie sowohl gemeinsam wie einzeln garantieren. Für den Fall, daß ein Signatarstaat, ohne eine selbständige Handlung zu begehen, gegen seine Verpflichtungen sich verhält, ist es Aufgabe des Völkerbundes, Maßnahmen zur wirksamen Ausführung des Vertrages zu bestimmen. Die deutsche Regierung hat sich in ihrem Memorandum bereit erklärt, auch Schiedsgerichtsverträge mit sämtlichen, dazu geeigneten Staaten, insbesondere mit Polen und der Tschechoslowakei, abzuschließen. Frankreich nimmt diese Erklärung zur Kenntnis. Es stellt aber stets im Einvernehmen mit Großbritannien fest, daß die Alliierten keine ihnen aus dem Vertrag her resultierenden Rechte oder Verpflichtungen aufgeben könnten. Keine Bestimmung der in Aussicht genommenen Schiedsgerichtsverträge darf dagegen verstoßen. Wenn Deutschland mit den Nachbarstaaten des Ostens Verträge dieser Art abschließen würde, so kann ein jeder Signatarstaat des Versailler Vertrages gegebenenfalls als Selbstverteidiger auftreten. Dieses allgemeine Sicherungssystem würde selbstverständlich erst dann seine volle Wirkung haben, wenn sämtliche in Aussicht genommene Verträge: Rhein-

pakt, Sicherheitsverträge usw., gleichzeitig in Kraft treten würden. Wenn diese Abmachungen dem Geist des Völkerbunds entsprechen, müssen sie von dem Völkerbundrat ratifiziert und ausgelegt werden, damit ein jeder sich daran beteiligen kann. Wenn die Vereinigten Staaten eines Tages es für richtig halten, dem Sicherheitsvertrag beizutreten, so würde Frankreich die größte Genugung darüber empfinden, daß die große amerikanische Nation sich entschlossen hat, an der allgemeinen Befriedung mitzuwirken.

#### Der Pakt nach dem Herzen Frankreichs.

Paris, 10. Juni. Der „Temps“ gibt seiner besonderen Genugung darüber Ausdruck, daß ein Pakt, wie ihn Deutschland vorgeschlagen habe, niemals zustande gekommen wäre, daß vielmehr nur ein Pakt abgeschlossen worden wäre, wie Frankreich ihn fordere. Schadenfreude stellt das Blatt fest, daß Deutschland nichts erreicht hätte. Es habe gehofft, Frankreich im Westen zu isolieren, die deutsch-polnische Grenze abzuändern und den Anschluß Österreichs durchzusetzen; Deutschland habe auf Gefälligkeiten der englischen Regierung spekuliert, was einen absoluten Mangel an Realpolitik bedeute. Der „Temps“ erklärt weiter, daß ein Pakt nichts anderes sein dürfte als eine Verbreiterung der Friedensverträge. Wenn Frankreich die Rheinlande als Kuvertensfeld benutzen wollte, so entspräche dies durchaus der Völkerbundsakte. Diese beiden Gesichtspunkte sollte man festhalten; denn wenn Frankreich im Friedensvertrag und in der Völkerbundsakte alles hat, was es braucht, dann ist nicht einzusehen, wozu noch ein weiterer Sicherheitspakt abgeschlossen werden soll. Der von Frankreich vorgeschlagene Pakt bietet den „Temps“ zufolge Deutschland keinen Anlaß, seine Angebote zurückzuziehen. Sollte es dies dennoch tun, so würde es seinen schärfsten Willen (!) bekunden. Natürlich ist der „Temps“ über die Haltung der gesamten englischen Presse aller Parteien sehr unruhig und behauptet, daß die Politik der englischen Regierung ganz England verpönte, und zwar für heute ebenso wie für die Zukunft.

#### Die deutschen Sicherheitsvorschläge.

London, 10. Juni. Die „Times“ veröffentlichten heute den Wortlaut der deutschen Note vom 9. Februar über den Sicherheitspakt; die Note wiedergegeben, folgende Punkte enthält: 1. Die deutsche Regierung erkenne es als notwendig an, daß eine befriedigende Lösung der Sicherheitsfrage gefunden werde. 2. Sie mache daher einen Vorschlag, dessen Grundlagen die Ideen des Cuno-Vorschlages vom Jahre 1922 seien. 3. Die deutsche Regierung erkläre sich bereit, einen Pakt mit anderen Mächten abzuschließen, die lebenswichtige Interessen am Rhein besitzen, dies besonders mit Frankreich, England und Italien, und zwar in der Absicht, einen Krieg zwischen den Unterzeichnern auf beträchtliche Zeit hinaus unmöglich zu machen. 4. Der Pakt solle die Form einer Verpflichtung der Unterzeichner gegenüber den Vereinigten Staaten enthalten. 5. Gleichzeitig solle ein allgemeiner Schiedsgerichtsvertrag zwischen Frankreich, Deutschland und Belgien abgeschlossen werden, und zwar nach dem Vorbild der Schiedsgerichtsverträge, die in neuerer Zeit in Europa abgeschlossen wurden. 6. Mehrere Schiedsgerichtsverträge können auch mit anderen Staaten zur friedlichen Regelung von politischen und Rechtsstreitigkeiten abgeschlossen werden. 7. Deutschland werde einem lokal begrenzten Pakt, der eine Garantie des territorialen status quo am Rhein bedeutet, zustimmen. Die Garantie der unterzeichneten Mächte soll eine kollektive und individuelle sein. 8. Ein solcher Pakt solle die Garantie der Entmilitarisierung, wie sie in Artikel 42 und 43 des Friedensvertrages festgesetzt ist, enthalten. 9. In diesem Falle würde der Pakt, wie oben erwähnt, Schiedsgerichtsverträge in sich einschließen. 10. Die deutsche Regierung sei bereit, einen lokalen Pakt in Erwägung zu ziehen als Teil eines Übereinkommens, das alle Staaten der Welt auf Grund des vom Völkerbund vorgeschlagenen Protokolls umfasse.

Um meiner Kundschaft den Einkauf zu erleichtern, gebe ab heute bis 25. Juni trotz meiner billigen Preise auf

**15% Rabatt** **Kittel-Kleidchen und Spiel-Anzüge** **15% Rabatt**

**Erstes Pforzheimer Schürzenhaus, Ecke Westliche u. Blumen-Strasse.**

**Forstamt Herrenalb.**  
**Stangenverkauf**  
am Samstag, den 13. Juni 1925, vorm. 10 Uhr, anschließend an den Stammholzverkauf kommen auf der Forstamtskanzlei in Herrenalb zum Verkauf: aus Pfahlwald und H. Wächshölzer 2a. und 2b. St. Bauftangen 50 Ia, 30 Ib, 20 II., 5 III., Hagst. 10 I., 15 II., 45 III., Hopfst. 90 I., 250 II., 30 III., 80 IV., 120 V., Rebst. 1355 I., 895 II., Bohnenst. 720 St. Loserzeichen werden keine abgegeben.

Neuenbürg.  
**Hilfsarbeiter**  
zum Einlernen gesucht.  
Fr. Waldbauer, Bügelmaschinenfabrik.

**Mädchen,**  
das schon gedient hat, in gutes Haus nach Neuenbürg bei hohem Lohn und guter Behandlung gesucht.  
Angebote mit Zeugnisabschriften unter „M. R.“ an die „Enztäler“-Geschäftsstelle.

Calmbach.  
Am Samstag, den 13. Juni 1925, vormittags 10 Uhr, kommen im Wege der Zwangsversteigerung  
**eine Waschkommode mit Marmorplatte und Spiegelaufsatz, fünf Teppiche mit Fellestickerie**  
zur Versteigerung. Zusammenkunft beim Rathaus, Dähle, Gerichtsvollzieher.

Neuenbürg.  
Freunde und Bekannte des nach Ludwigsburg versetzten  
**Oberstraßenmeisters Baab**  
(insbesondere auch die Beamtenschaft) werden auf Samstag den 13. Juni, abends, ins Restaurant Schumacher zu einem Abschiedsschoppen eingeladen.

Den Einwohnern von Herrenalb, Döbel, Renzsch zur Nachricht, daß ich  
Freitag abend  
in Frauenalb im „König von Preußen“  
eine größere Partie

**prima Läufer Schweine**  
(Schwarzscheden) zum Verkauf stehen habe und lade Kaufinteressenten freundlichst ein.  
**Schweinehandlung Mayer,**  
Karlsruhe-Grünwinkel,  
Telefon 3592.

**Erster Motorrad-Club**  
Bezirk Neuenbürg.  
Am nächsten Sonntag, den 16. ds., veranstaltet der neugegründete Motorrad-Club eine  
**Eröffnungs-Ausfahrt nach Döbel,**  
wozu sämtliche Fahrer vom ganzen Bezirk zur regen Beteiligung höflich eingeladen sind.  
Abfahrt morgens 8 Uhr vom Marktplatz Neuenbürg. Die Herren Fahrer vom oberen Enztal werden 8.15 bei der Grotzbrücke erwartet.

Neuenbürg.  
Rita 20 Nr  
**Heugras**  
ist zu verkaufen. Angebote bis spätestens Samstag, Berücksichtigung jederzeit möglich.  
Beller & Fischer, G. m. b. H.

**Wer**  
etwas zu kaufen sucht,  
etwas zu verkaufen hat,  
eine Stelle sucht,  
eine Stelle zu vergeben hat,  
etwas zu vermieten hat,  
etwas zu mieten sucht  
inserieren am erfolgreichsten u. billigsten im  
**„Enztäler“.**

Birkenfeld.  
Wir empfehlen unseren  
**Lastkraftwagen**  
(Ladegewicht 100 Ztr.) für Fuhrten jeder Art.  
Gebr. Maneval,  
Telefon-Amt Pforzheim Nr. 64.  
Ein Morgen

Herrenalb.  
**Heu- und Dehndgras**  
zu verkaufen.  
Hermann Anst.,  
meh. Schreiner.  
Heinberg.  
Eine 24 Wochen trüchtige  
**Schaff-Ruh**

verkauft  
**Wattb. Schwämme.**  
**Stempel-Riffen**  
und  
**Stempel-Farbe**  
stets vorrätig in der  
E. Neeh'schen Buchbldg.  
Inh.: D. Strom.